

Die politische Krise in Peru: Festsetzung des Fujimorismo und Polarisierung des Landes

Steinhauf, Andreas

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Steinhauf, A. (2000). *Die politische Krise in Peru: Festsetzung des Fujimorismo und Polarisierung des Landes*. (Brennpunkt Lateinamerika, 12). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444043>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 12

30. Juni 2000

ISSN 1437-6148

Die politische Krise in Peru: Festsetzung des *Fujimorismo* und Polarisierung des Landes

Andreas Steinhilf

Von den umstrittensten und schmutzigsten Wahlen in der Geschichte Perus ist die Rede. Am 28. Mai 2000 wurde der amtierende Präsident Alberto Fujimori von der Obersten Wahlbehörde zum Sieger der Stichwahl erklärt, zu der sein Kontrahent Alejandro Toledo bereits nicht mehr angetreten war und stattdessen die Bevölkerung zum Boykott aufgerufen hatte. Damit wird er am 28. Juli, wenn verfassungsgemäß der neue Präsident vereidigt wird, seine nunmehr dritte Amtszeit antreten. Es steht außer Zweifel, dass diesem „Wahlsieg“ Fujimoris ein gigantischer Wahlbetrug zugrunde gelegen hat. Jedoch sind die Grundlagen für die dauerhafte Verlängerung an der Macht vom Regime schon viel früher geschaffen worden. Dennoch wurde das Regime von dem plötzlichen Auftauchen und Popularitätswachstum des Kontrahenten Toledo und vor allem von den massiven Bürgerprotesten kurz nach dem ersten Wahlgang am 9. April überrascht. Viele, allen voran Oppositionsführer Toledo, sehen in der Polarisierung des Landes sowie in dem vermeintlichen Druck der internationalen Gemeinschaft das Potential für eine kurzfristige politische Erneuerung in Peru und prognostizieren dem Regime nur eine kurze Überlebensdauer. Wie ist es darum tatsächlich bestellt, und welche gesellschaftlichen Sektoren repräsentiert der Fujimorismo beziehungsweise der Anti-Fujimorismo? Welche Positionen lassen sich außerhalb Perus gegenüber dem Regime ausmachen? Ein Blick auf die vergangenen Wahlen und die politische Landschaft in Peru sowie auf die internationalen Reaktionen, insbesondere der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), scheint angebracht, um das Szenarium etwas genauer zu beleuchten.

Toledo versus Fujimori: Die politische Polarisierung Perus

Von den politischen Beobachtern in Peru wird immer wieder konstatiert, dass die Stimmengewinne Toledos weniger seiner Person galten, als vielmehr gegen Fujimori zu werten seien. Der Überdruß, den mittlerweile mindestens die Hälfte

der peruanischen Bevölkerung gegenüber dem autoritären Regime sowie gegen die anhaltende Wirtschaftskrise verspürt, wird seit nunmehr über einem Jahr an der verzweifelten Suche nach einem geeigneten Gegenkandidaten zu Fujimori deutlich. Waren zunächst der amtierende Bürgermeister von Lima, Alberto Andrade, und der Ex-Chef der Sozialversicherung, Luis Castañeda,

die aussichtsreichsten Kontrahenten Fujimoris für die Präsidentschaftswahlen – beide wurden Opfer der Schmutz- und Diffamierungskampagnen der von der Regierung kontrollierten Medien –, so tauchte auf der Zielgeraden vor den Wahlen plötzlich Alejandro Toledo auf. Ihm gelang es (auch zur Überraschung des Regimes), die von Andrade und Castañeda abgewanderten Wähler sowie generell alle Fujimori-Gegner auf seine Person zu konzentrieren. Somit übernahm Toledo die Rolle des ersehnten Kontrahenten, der die Polarisierung der Gesellschaft in pro und contra Fujimori kanalisiert. Tatsächlich macht sich die politische Polarisierung Perus dieser Tage nicht an Themen oder Diskursen fest. Vielmehr wird die Spaltung einerseits von einem ethnischen Faktor überlagert (*Cholo* versus *Chino*) und verläuft andererseits entlang der Gegensatzpaare Demokratie versus Diktatur, Vergangenheit versus Zukunft und Provinzstädte versus Lima.

Am augenfälligsten traten die Studenten während des Wahlkampfes als Fujimori-Gegner in der Öffentlichkeit in Erscheinung. Ihre permanente Präsenz „auf der Strasse“ durch Kundgebungen und Proteste waren der sichtbarste Ausdruck des Unmuts über die autoritären Auswüchse des Regimes und die offensichtlichen Manipulationen während des gesamten Wahlprozesses. Aber auch die Gewerkschaften sowie weite Teile der urbanen Mittel- und Oberschicht zählten zur Wählerklientel Toledos und sind als potentielle Fujimori-Gegner zu betrachten. Zu sehr hat die Mittelschicht unter der Wirtschaftskrise zu leiden und zu sehr stellen gerade in diesen sozialen Schichten Demokratie, Meinungsfreiheit und Menschenrechte zu verteidigende Werte dar, die von der derzeitigen peruanischen Regierung immer öfter und rücksichtsloser missachtet werden. Darüber hinaus spielt der Zugang zu Information eine entscheidende Rolle: Haben die urbane Mittel- und Oberschicht Zugang zu Information, die nicht von Regierungsseite manipuliert ist (Kabelfernsehen, Internet und die teurere oppositionelle Presse), so sind die *clases populares* auf die offenen Fernsehkanäle und die billige „Schund-Presse“ angewiesen. Beide werden vom Regime kontrolliert, und über sie wird die massive Beeinflussung der Massen gesteuert.

Seine höchsten Stimmengewinne konnte Toledo in den Städten im Süden des Landes verzeichnen. Auch wenn der ethnische Faktor des erfolgreichen *Cholo* dabei eine nicht unwesentliche

Rolle gespielt hat, erwies sich die strikte Zentralisierungspolitik Fujimoris und die daraus resultierenden Ressentiments der Bevölkerung Südperus gegenüber der Hauptstadt Lima als bedeutender. In Lima selbst zählten neben den bereits erwähnten Sektoren ländliche Migranten zum Wählerpotential Toledos. Die allermeisten von ihnen kamen vor der Krise der 1980er Jahre nach Lima, konnten sich mit Erfolg in der urbanen Gesellschaft etablieren und sich damit den Traum der Flucht aus der ländlichen Armut und des persönlichen Fortschritts erfüllen. Auch ihre in Lima geborenen Kinder (*hijos del progreso*), viele von ihnen mit universitärer Ausbildung, stimmten für Toledo. Bei ihnen musste sein Diskurs (*cholo de progreso*) auf fruchtbaren Boden fallen.

Unter den Befürwortern Fujimoris finden sich dagegen vorwiegend die sozialen Schichten unterhalb der Armutsgrenze in den urbanen Zentren, hier insbesondere in Lima, aber auch in ländlichen Gebieten, dort vor allem in den ehemaligen Bürgerkriegsregionen. Zu dieser Gruppe gehören all jene, die über die Vergabe von Almosen aus öffentlichen Mitteln am ehesten zu beeinflussen sind. Fujimori spielte diese Karte im Wahlkampf besonders aus. Die von ihm und seinen Wahlhelfern geschürte Angst vor der Beendigung staatlicher Sozialprogramme und des vermeintlichen Wiederauflebens des Terrorismus sorgte für die Stimmen in diesen Bevölkerungsteilen. So wurden die sogenannten Volksküchen in den Elendsvierteln von Lima zu einem entscheidenden Wahlkampfvehikel. Fujimori schwor immer wieder, dass diese für viele überlebenswichtigen *Comedores populares* nur unter seiner Regierung weitergeführt würden und sein Kontrahent Toledo ihre Abschaffung plane. Auf dem Land gehörten insbesondere die sogenannten *Rondas campesinas* (Bauernwehren) in den ehemals vom Bürgerkrieg erschütterten Regionen zum Wählerpotential Fujimoris. Die Befriedung, die Verteilung von Waffen an die *Rondas* sowie die Verbindungen der *Ronderos* zu den Militärs (letztere wurden gerade in diesen entlegenen Regionen für den Wahlkampf Fujimoris instrumentalisiert) spielten hierbei eine entscheidende Rolle.

Mit Abstrichen lässt sich somit eine grobe Trennungslinie zwischen *Fujimoristas* und *Anti-Fujimoristas* innerhalb der Sozialstruktur ausmachen: Während die sozial schwächsten Sektoren mit niedrigem Bildungsgrad und keinerlei Zugang zu nicht von der Regierung gesteuerter Informati-

on auf der Seite des *Fujimorismo* stehen, finden sich breite Teile der übrigen sozialen Schichten und gesellschaftlichen Sektoren auf der Seite des *Anti-Fujimorismo*.

Die Figur Toledo

Mit dem Auftauchen Fujimoris in der politischen Szene Perus 1990 tritt erstmals auch der ethnische Faktor in den Wahlkämpfen in Erscheinung. Im Laufe einer Dekade konnte Fujimori in zwei Wahlkämpfen die vielleicht berühmtesten Repräsentanten des bis dahin dominanten „kreolischen Perus“ besiegen: Mario Vargas Llosa und Javier Pérez de Cuellar. Andere „Kreolen“ wie Ricardo Belmont¹, Andrade oder auch Castañeda wurden von der Medienmaschinerie des *Fujimorismo* überrollt. Schließlich tauchte „*el Cholo*“ Toledo auf, die Verkörperung des neuen Peru, vielleicht als einziger in der Lage gegen „*el Chino*“ Fujimori zu gewinnen. Ein kurzer Blick auf die außerhalb Perus bisher weniger bekannte Figur des Fujimori-Kontrahenten Alejandro Toledo scheint deshalb erforderlich, um dessen schnellen Aufstieg in der Wählergunst zu beleuchten.

Das Markenzeichen Toledos ist sicherlich seine erstaunliche Karriere vom Schuhputzer, der aus ärmsten indianisch-bäuerlichen Verhältnissen in den Anden stammt, zum Wirtschaftsexperten der Weltbank, der seine akademische Ausbildung in Harvard und Stanford absolviert hat. Bereits 1995 war Toledo zu den Präsidentschaftswahlen angetreten, erhielt jedoch nur 3,3% der Stimmen. Einerseits hatte er damals zu sehr seine eigene Bilderbuchkarriere in den Vordergrund gestellt, andererseits benutzte er in zu plumper Weise seine ethnische Herkunft, ein Raum, der zudem seinerzeit von Fujimori in der Auseinandersetzung mit seinem damaligen Kontrahenten Pérez de Cuellar besetzt gehalten wurde. Obwohl schon vor fünf Jahren zeitweise als Geheimfavorit gehandelt, hatte er schließlich keinen Einfluss auf den Wahlausgang.

Auch diesmal spielte Toledo seine soziale und ethnische Herkunft aus, die er jedoch weitaus geschickter mit seiner erfolgreichen Karriere zu verknüpfen wusste als 1995. Ethnische Herkunft und sozialer Aufstieg haben eine enge Bindung zwischen Toledo und den *clases populares* entstehen und ihn in kurzer Zeit zu einer wichtigen

politischen Figur werden lassen. Insbesondere im südperuanischen Andenraum gilt er für die dortige *quechua*sprachige indianische Bevölkerungsmehrheit als Identifikationsfigur und Hoffnungsträger für Fortschritt und Entwicklung, die er qua Abstammung und Karriere verkörpert und woran sich die zumeist von jeglicher Entwicklung in Peru ausgeschlossene indianisch-bäuerliche Bevölkerung über Toledo erstmals beteiligt sehen würde. Seine Botschaft, Arbeitsplätze zu schaffen, in das Bildungs- und Gesundheitswesen zu investieren und die Schuldenzahlungen zu halbieren, kam hier besonders gut an. Außerdem versprach er die Rückkehr zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Wiederherstellung einer unabhängigen Justiz.

Schließlich spielte Toledos Frau Eleane Karp eine entscheidende Rolle für den raschen Popularitätszuwachs ihres Mannes. Die belgische Ethnologin hat lange Zeit als Beraterin in Entwicklungsprojekten im peruanischen Hochland gearbeitet, spricht Quechua und ist sehr gut mit Kultur und Denkweise der andinen Bauernbevölkerung vertraut. Sie war während des Wahlkampfes ständig an der Seite Toledos, was von den politischen Beobachtern als positiver Kontrast zu dem geschiedenen Fujimori gewertet wurde. Der schnelle Popularitätszuwachs Toledos war umso erstaunlicher als der Wahlkampf alles andere als demokratisch verlief.

Der Wahlprozeß

Nach Aussagen aller Beobachter war dies der mit Abstand schmutzigste Wahlkampf in der politischen Geschichte Perus. Von Seiten des *Fujimorismo* wurde bereits nach der erfolgreichen Wahl von 1995 daran gearbeitet (*Brennpunkt Lateinamerika* Nr. 04-00). Die Gleichschaltung von Medien und Justizapparat durch den Geheimdienst sowie die Instrumentalisierung des Militär- und Polizeiapparates waren dabei die Eckpfeiler der Strategie. Besonders der durch den Geheimdienst unter Vladimiro Montesino gesteuerte Justizapparat kann immer wieder als effiziente Waffe gegen unbequeme Gegner eingesetzt werden. Über den Justizapparat wurde schließlich auch die Gleichschaltung der Medien erreicht.

Das Repertoire der systematischen Schmutz- und Diffamierungskampagnen, mit denen der Geheimdienst des *Fujimorismo* die politischen Gegner überzog, die dem Präsidenten in den Umfragen zu nahe gekommen waren, bezog sich vor allem auf deren Privatleben. Dafür wurde die

¹ Ehemaliger Bürgermeister Limas, der ebenfalls einer Diffamierungskampagne des Fujimori-Regimes zum Opfer fiel.

mittlerweile in Peru dominierende „Schund-Presse“ ebenso benutzt wie Nachrichtensendungen und Unterhaltungsprogramme im Fernsehen. So wurden zum Beispiel in der Talkshow einer bekannten peruanischen Entertainerin plötzlich zwei angeblich uneheliche Töchter Toledos präsentiert, immer wieder wurde auf eine angebliche Verbindung Toledos zu einem inhaftierten Betrüger verwiesen, und er wurde in die Nähe des Terrorismus gerückt, wenn es hieß, er drohe mit Bürgerkrieg.

Dadurch, dass die Präsidentschaftskandidaten Alberto Andrade und Luis Castañeda sich relativ früh in der Wahlkampfphase als mögliche gefährliche Gegner Fujimoris etabliert hatten, wurden sie Opfer solcher Rufmordkampagnen. Für eine öffentliche Demontage Toledos reichte dagegen offenbar die Zeit nicht mehr, da er erst zu kurz vor den Wahlen als ernsthafter Kontrahent auftauchte. Auch die Mitstreiter der Gegenkandidaten hatten mit derlei Repressalien zu rechnen, so dass insgesamt ein Klima der Unsicherheit und Angst in den Reihen der politischen Opposition entstand, durch Diffamierung in den Medien (insbesondere dem Fernsehen) den „sozialen Tod“ zu erleiden.

In den ehemaligen Bürgerkriegsregionen, insbesondere in Ayacucho, intervenierte das Militär massiv in den Wahlprozess und drohte der bäuerlichen Bevölkerung mit Repressalien, falls sie nicht für Fujimori stimmen sollten.² Aber Wahlkampagne und Wahlprozess hielten noch weitere Überraschungen bereit: Kurz vor den Wahlen etwa wurde bekannt, dass die Regierung 1,2 Mio. Unterschriften von Staatsbürgern gefälscht hatte, um eine der Gruppierungen von Fujimoris Bündnis *Peru 2000* zu den Wahlen zuzulassen. In den Betrug waren Parlamentarier und hochrangige Funktionäre der *Oficina Nacional de Procesos Electorales* (ONPE) verwickelt. Die Funktion letzterer ist es eigentlich, für einen korrekten Ablauf der Wahlen zu sorgen!

Die Liste der Methoden, die Fujimori beziehungsweise der Geheimdienst für den Wahlkampf verwendete, ließe sich beliebig erweitern. Erwähnt sei jedoch nur noch die massive verfassungswidrige Nutzung öffentlicher Ressourcen für den Wahlkampf Fujimoris, die auch vor der

Verteilung internationaler humanitärer Hilfsgüter nicht Halt machte.

Zusammensetzung des neuen Parlaments

Klar ist derzeit, dass die endgültige Zusammensetzung des neuen Parlaments und die dortigen Mehrheitsverhältnisse nicht dem Ausgang der Parlamentswahlen vom 9. April entsprechen werden. Es darf indes getrost von einer Mehrheit für den *Fujimorismo* ausgegangen werden. Gemäß dem Wahlergebnis hatte Fujimoris *Peru 2000* zwar seine Mehrheit im Kongress verloren und man durfte nun auf mehr parlamentarischen Pluralismus hoffen (*Brennpunkt Lateinamerika* Kurzinfo Nr. IV/00). Diese Hoffnung ist jedoch sehr rasch zerstört worden, denn durch systematische Bestechung konnte das Regime diese für sie ungünstigen Mehrheitsverhältnisse inzwischen schon zu ihren Gunsten wenden. Neun in oppositionelle Listen gewählte Abgeordnete sind mittlerweile bereits ins Regierungslager übergelaufen. Sie taten dies nicht aus Überzeugung, sondern aufgrund von Erpressungen und sehr attraktiven finanziellen Verlockungen, angeblich in Höhe von bis zu 20 000 US-\$ monatlich. Der bekannteste Fall ist der frühere Präsident des Industrieverbandes und Kandidat für die Vizepräsidentschaft der Gruppierung *Solidaridad Nacional*, Eduardo Farah, der über Nacht die Fronten wechselte und sich von einem der schärfsten Kritiker Fujimoris zu seinem getreuen Gefolgsmann bekehrte. Aber auch zwei Abgeordnete aus der Toledo-Gruppierung *Peru Posible* sind zum *Fujimorismo* übergelaufen. Aus den Wahlen im April wäre Fujimoris *Peru 2000* mit 52 der 120 Parlamentssitze hervorgegangen. Die neun Überläufer gäben Fujimori allerdings schon jetzt die erstrebte Mehrheit, noch vor seiner Amtseinstellung und der Parlamentseröffnung am 28. Juli. Darüber hinaus gibt es Abgeordnete der Opposition, von denen erwartet wird, dass sie bei entscheidenden Abstimmungen auf der Seite des *Fujimorismo* stehen werden.

Auch das neue Parlament setzt sich nahezu ausschließlich aus Abgeordneten loser Wählergemeinschaften und Wahlbündnisse zusammen. Die traditionellen Parteien sind seit 1990 aus dem politischen Spektrum verschwunden und seitdem nicht wieder aus der Versenkung aufgetaucht. Die Parlamentarierlisten dieser neuen politischen Gruppierungen wiederum fügen sich aus Personen unterschiedlichster Richtungen zusammen. Ihnen liegen keine gewachsenen Parteistrukturen

² Daß es ein Wahlgeheimnis gibt ist der indianisch-bäuerlichen Bevölkerung in diesen entlegenen Gebieten einfach nicht bekannt.

zugrunde, sondern sie sind zumeist aus rein opportunistischen Beweggründen heraus („wer könnte am meisten Stimmen bringen?“) zusammengesetzt. Ein beredtes Beispiel, wie solche Listen entstehen und sich verändern können, ist der Fall des bekannten Historikers Pablo Macera, ehemaliger radikaler Linker, der seinerzeit noch „philosophisches Verständnis“ für die maoistische Terrorgruppe *Sendero Luminoso* aufbrachte und vor nicht allzu langer Zeit als einer der schärfsten Kritiker Fujimoris galt. Kurz vor den Wahlen wurde er zu dem sicherlich spektakulärsten Neuzugang von Fujimoris *Peru 2000* und ist tatsächlich auch als Abgeordneter dieser Gruppierung gewählt worden.

Eine derart zerbrechliche Struktur der politischen Landschaft lässt die Entstehung einer gefestigten Opposition kaum zu und macht es dem *Fujimorismo* zudem leicht, Abgeordnete zu „kaufen“. Unter diesen Voraussetzungen ist es äußerst schwierig abzuschätzen, wie viele „Umfaller“ und „Frontenwechsler“ es bis zur offiziellen Amtsübergabe am 28. Juli noch geben wird. Aber auch innerhalb des *Fujimorismo* lässt sich eine Spaltung in zwei Fraktionen ausmachen: auf der einen Seite diejenigen, die mit Beginn der Ära Fujimori politische Karriere gemacht haben, wie Martha Chávez oder Luis Salgado, auf der anderen Seite die „Quereinsteiger“ um Absalón Vásquez, der erst vor wenigen Jahren zum *Fujimorismo* gestoßen ist und vorher Parteimitglied der *Alianza Popular Revolucionaria Americana* (APRA) war. Auch der gefürchtete Militär- und Sicherheitsapparat um den Präsidentenberater Vladimiro Montesinos erweist sich als nicht homogen und ist offensichtlich in eine, zweifellos dominante, Montesinos-Fraktion und eine Gruppe von Militärs gespalten, die gegen den mächtigen Präsidentenberater und Geheimdienstchef opponiert.

Das wesentliche Charakteristikum dieses Parlaments ist die schnelle Veränderbarkeit von Mehrheitsverhältnissen. Diese Fragilität, von der derzeit die politische Landschaft in Peru insgesamt geprägt wird, lässt vorausahnen, dass das Parlament auch in der dritten Amtszeit Fujimoris von *Fujimoristas* dominiert und *Peru 2000* am 28. Juli die Mehrheit im Kongress stellen wird. Eine Politik von Konsens und Abstimmung ist damit auch in Zukunft nicht zu erwarten.

Die Reaktionen im Ausland: internationaler Druck?

Ein Teil der peruanischen Opposition und Anti-*Fujimoristas* hofft nach dem Wahlskandal weiter auf eine unmissverständliche und kompromisslose Haltung der internationalen Gemeinschaft gegenüber dem Regime und sieht darin die einzige Möglichkeit, die Regierung zu Neuwahlen und damit das Land zu einer demokratischen Erneuerung zu bewegen. Allen voran ist hier Alejandro Toledo zu nennen, der keine Gelegenheit unversucht lässt, ausländischen Druck auf das Regime zu erwirken, um Neuwahlen zu erreichen.

Im Ausland kam es jedoch zu unterschiedlichen Reaktionen auf das demokratische Debakel der Wahlen, und internationalen Druck in Form von Sanktionen wird das peruanische Regime – ähnlich wie nach dem Selbstputsch Fujimoris im April 1992 – langfristig scheinbar kaum zu erwarten haben.

Die OAS hatte vor den Wahlen eine Beobachterkommission nach Peru entsandt, die in ihrem Abschlußbericht zu dem Ergebnis kommt, dass der peruanische Wahlprozess in keiner Weise internationalen Standards entsprochen habe und kein transparenter und sauberer Wahlprozess möglich gewesen sei. Da auch bis wenige Tage vor der Stichwahl am 28. Mai von der peruanischen Regierung, trotz gegenteiliger Versprechungen nach dem ersten Wahlgang, keine der von der OAS und anderen internationalen Beobachtern dringend geforderten Korrekturen von Unregelmäßigkeiten struktureller, formeller und technischer Art vorgenommen wurden, beendeten sowohl die OAS als auch die übrigen internationalen Beobachter ihre Arbeit und reisten ab. Wie Toledo, dessen Antrag von der Obersten Wahlbehörde abgelehnt wurde, hatten sie zuvor eine Verschiebung der Stichwahl gefordert.

Danach schien sich zunächst eine Isolierung des peruanischen Regimes abzuzeichnen, genährt vor allem durch die anfangs „harte“ Haltung der USA, die die Wahlen für ungültig erklärten, sowie der Europäischen Union, die „energische Maßnahmen nicht ausschloss“. Auch der chilenische Staatspräsident bezeichnete den peruanischen Wahlprozess als „schädlich für den Kontinent.“ Auf der Generalversammlung der OAS in Windsor/Kanada wurde dann jedoch beschlossen, keine Sanktionen gegen Peru zu verhängen. Insbesondere Brasilien, Venezuela und Mexiko sprachen

chen sich energisch gegen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Perus aus (in Mexiko und Venezuela dürften dabei die eigenen bevorstehenden Wahlen eine wesentliche Rolle gespielt haben), und auch die übrigen Länder Lateinamerikas begnügten sich lediglich mit einer Erklärung, dass Lösungen zur Stärkung der Demokratie in Gang gesetzt werden müssten. Man einigte sich in der Versammlung darauf, dass die OAS eine „hochkarätige Kommission“ unter der Führung ihres Generalsekretärs, des ehemaligen kolumbianischen Präsidenten César Gaviria, sowie des kanadischen Außenministers und Präsidenten der Vollversammlung der OAS, Lloyd Axworthy, nach Peru entsendet, die im Dialog mit der Regierung Fujimori „Optionen und Empfehlungen zur Stärkung der Demokratie“ erarbeiten soll. Auch die USA revidierten, aufgrund dieser Reaktionen der lateinamerikanischen Staaten, ihre ursprüngliche Position und nehmen seitdem eine abwartende Haltung ein. Entscheidend für ihre weitere Vorgehensweise werden dabei wohl die Ergebnisse der OAS-Kommission in Peru sein.

Indes scheint die Aufgabe der Kommission ein eher formalistisches Unterfangen zu sein, von dem keinerlei wirkliche Veränderungen in Richtung Demokratisierung ausgehen dürfte. Erst kürzlich erhielt Fujimori die öffentliche Rücken- deckung der Militärs sowie – verfassungswidrig, weil erst am 28. Juli möglich – die Ernennungsurkunde für das Amt des Präsidenten von 2000 - 2005. Damit sollte die Kommission der OAS bereits vor ihrer Ankunft in Peru vor vollendete Tatsachen gestellt und eine mögliche Forderung nach Neuwahlen verhindert werden. Die Kommission befand sich vom 27. bis zum 30. Juni in Peru. Sie legte den „demokratischen Kräften“ im Land ein Dokument vor, in dem in 29 Punkten „substantielle institutionelle Reformen“ vorgeschlagen werden und das gemeinsam mit Regierungs- und Oppositionsvertretern diskutiert werden soll. Das Papier sieht unter anderem ein „klares Chronogramm“ vor, nach dem in Zukunft „konkrete und verifizierbare Resultate“ zur Stärkung der Demokratie von der peruanischen Regierung vorzuweisen seien. Hierbei wurde jedoch offensichtlich zeitliche Vorgaben vergessen. Dies ermöglicht es dem Regime, sich für die Implementierung von Reformen die nächsten fünf Jahre Zeit zu nehmen.

Auch die übrigen Optionen und Empfehlungen dieses Papiers lassen viele Wünsche der Opposi-

tion offen und erwecken nicht unbedingt den Eindruck, als ob damit das peruanische Regime unter Druck gesetzt würde. So wird in dem Dokument zwar vorgeschlagen, die Justizverwaltung zu reformieren, den Rechtsstaat zu stärken und die Gewaltenteilung zu garantieren. In bezug auf die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze kommt das Papier jedoch mit nicht gerade vielversprechenden Vorschlägen daher: Die Wiederinkraftsetzung des Verfassungsgerichts solle durch die „Auswahl neuer Richter auf der Basis eines gemeinsamen Konsenses aller im Kongress vertretenen Parteien“ gewährleistet werden. Wie mag ein solcher Konsens in diesem neuen Kongress mit einer absoluten Fujimori-Mehrheit, bestehend aus „zusammengekauften“ Parlamentariern wohl aussehen? Noch „schwammiger“ wird der Text hinsichtlich der Menschenrechte in Peru. Hier wird vorgeschlagen, „die Möglichkeiten einer Rückkehr Perus in die Rechtsprechung des Interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte zu prüfen.“ Anders ausgedrückt: Die „hochkarätige“ OAS-Kommission insistiert nicht einmal auf die notwendige Rückkehr des Regimes in das Rechtssystem eines derart wichtigen kontinentalen Gerichtshofes, der auch noch Teil der OAS ist. Ein weiteres schwerwiegendes Versäumnis ist, dass in keinem Wort die massive Nutzung öffentlicher Ressourcen sowie die Steuerung der Medien durch den *Fujimorismo* während des Wahlkampfes erwähnt wird. Sie gehören schließlich zu den beliebtesten Waffen des Regimes.

Dem Papier der OAS stellte eine Gruppe von sechs Oppositionspolitikern, unter ihnen Alejandro Toledo, rasch einen Vier-Punkte-Plan gegenüber, als Grundlage für eine Rückkehr in die Rechtsstaatlichkeit:

- 1) Die sofortige Implementierung der Empfehlungen des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu den Massenmedien in Peru, die unter anderem die Rückgabe zweier Fernsehkanäle an ihre rechtmäßigen Eigentümer und die sofortige Beendigung der Verfolgung und Abhörung von Journalisten vorsieht.
- 2) Die sofortige Wiedereinsetzung der seinerzeit ihres Amtes enthobenen Verfassungsrichter.

- 3) Die Rückkehr Perus in die Rechtsprechung des Interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte der OAS; und
- 4) der Ausschluss des Präsidentenberaters und Geheimdienstchefs Vladimiro Montesinos aus der Regierung.

Regierung, Opposition und OAS einigten sich schließlich auf die Einsetzung von fünf Arbeitsgruppen, die folgende Themen bearbeiten sollen: Unabhängigkeit der Justiz, Menschenrechte und Sicherheit, Meinungsfreiheit und Medien, Wahlrechtsreform sowie Gewaltenteilung. Zudem soll eine ständige Vertretung der OAS in Peru eingerichtet werden, die Zeitpläne für die Agenda erarbeiten und die Einhaltung der zeitlichen Vorgaben überwachen soll.

Die Erwartungen der Opposition an die OAS sind weitgehend enttäuscht worden, beschränkte sie sich doch insgesamt, wie bereits nach dem Selbstputsch 1992, auf Empfehlungen für die Demokratisierung des Landes, die von Fujimori hernach versprochen, jedoch nie eingehalten wurden. Zudem wurden Neuwahlen nicht thematisiert. Genau wie nach jenem Selbstputsch ist kaum damit zu rechnen, dass das Regime, abgesehen von kosmetischen Korrekturen, diesen Empfehlungen Folge leisten wird. Einen Hinweis in diese Richtung hat es bereits gegeben: Ministerpräsident Alberto Bustamante bezeichnete den Vorschlag der OAS, den peruanischen Geheimdienst durch eine parlamentarische Kommission zu überwachen, als völlig unsinnig.

Mögliches zukünftiges Szenarium und Ausblick

Peru bietet derzeit ein tristes Bild, ohne Institutionen und vermittelnde Instanzen zwischen Staat und ziviler Gesellschaft sowie der totalen Personifizierung von Macht in der Gestalt Fujimoris. Der Präsident scheint tatsächlich zu glauben, dass nur er das Land im Alleingang regieren kann. Alle Entscheidungen laufen über ihn, und er vermittelt den Eindruck des Machers, der sich auch um die kleinsten Details persönlich kümmert.

Wie es scheint, wird Toledo die Opposition, dass heißt den *Anti-Fujimorismo* im Land, nicht langfristig repräsentieren und kanalisieren können. Die Wahlkampfveranstaltungen Toledos waren von einer gehörigen Portion Populismus und nationalem Pathos geprägt, eine Rhetorik, die ihm nur kurzzeitige Stimmengewinne ermöglichte. Bereits jetzt ist seine Popularität laut Umfragen ge-

genüber den Wahlen gesunken. Den *Anti-Fujimoristas* werden öffentlich zelebrierte Standhaftigkeit gegenüber der Diktatur und Aufrufe zu Protesten auf Dauer allein nicht reichen, sondern man erwartet von Toledo konkrete Vorschläge zur Beendigung der politischen Krise in Peru. Der Versuch, über Protestaufrufe die Massen „auf der Strasse“ zu halten³, wird dem Regime lediglich Angriffsflächen bieten, Toledo in die Ecke von Chaos und Terrorismus zu manövrieren, und dürfte selbst bei seinen Mitstreitern von *Peru Posible* auf Dauer zu Ermüdungsercheinungen führen. Viele von ihnen sind Technokraten und Akademiker, die nicht unbedingt die politische Konfrontation suchen, in der Art wie Toledo sie plant.

Eher ist also eine langsame Zersplitterung der Opposition zu erwarten, was den internen Druck abfedern und damit dem Regime in die Hände spielen wird. Die Regierung wird „auf Zeit spielen“, Demokratisierungsmaßnahmen versprechen und damit auch die externen Spannungen abbauen. Es ist daher zunächst nicht davon auszugehen, dass es in naher Zukunft tatsächliche und entscheidende Veränderungen in Richtung einer Demokratisierung des Landes geben wird. Denn nur durch massiven und permanenten internen und externen Druck könnte das Regime mittelfristig – wenn überhaupt – zu demokratischen Reformen gezwungen werden. Es dürfte in jedem Fall mit der dritten Amtszeit eine noch repressivere Ära des *Fujimorismo* eingeläutet worden sein. Soziale Bewegungen aus der Zivilgesellschaft werden entsprechende Resistenz zeigen müssen, um eine Phase demokratischen Übergangs erreichen zu können.

Zusammen mit regionalen und studentischen Bewegungen waren Mitglieder der Nichtregierungsorganisation *Transparencia* (die auch als nationale Wahlkontrollbehörde gearbeitet hatte), des Fernsehkanals *Canal N*, der Tageszeitung *El Comercio* sowie internationale Beobachter auf die Strasse gegangen. Auf der Seite des *Anti-Fujimorismo* entstehen somit völlig neue, zum Teil vorher unvorstellbare Allianzen, die jedoch einen eher brüchigen Charakter aufweisen. Die traditionellen politischen Parteien sind schon lange nicht mehr Bestandteil der politischen Landschaft

³ Toledo hat bereits einen Protestmarsch aus allen Teilen des Landes nach Lima (*la marcha de los 4 Suyos*) für den 26. Juli angekündigt, um die Vereidigung Fujimoris am 28. Juli zu verhindern.

Peru, und durch die Fragilität und Unbestimmtheit der losen Wählerbündnisse und sogenannten unabhängigen Gruppierungen, ohne jeden soliden Unterbau, dürfte es einige Zeit dauern, bis sich aus der Zivilgesellschaft eine schlagkräftige Opposition dauerhaft etabliert hat. Zudem scheint sich angesichts der Fragilität der politischen Landschaft eine gewisse Resignation unter den Anti-Fujimoristas in der Bevölkerung breit gemacht zu haben, die kaum noch mit einer kurzfristigen politischen Erneuerung in Peru rechnet.

Quellen:

Resumen Semanal, DESCO, Lima:
<http://www.desco.org.pe/rs-in.HTM>

Que Hacer, DESCO, Lima:
<http://www.desco.org.pe/qh/qh-in.htm#OH>

Caretas: <http://www.caretas.com.pe/>

El Comercio: <http://www.elcomerciope.com.pe>

Eigenen Beobachtungen vom 8. - 16 Juni 2000 in Lima

Autorennotiz: Andreas Steinhuf, Ethnologe, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Iberoamerika-Kunde. Länderschwerpunkte: Peru, Ekuador und Bolivien. Themenschwerpunkte: Informeller Sektor, Migration, soziale Netzwerke und Multikulturalität. E-mail: steinhuf@public.uni-hamburg.de

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

PUBLIKATIONEN (Auswahl lieferbarer Titel)

- „Schriftenreihe“

Ingolf Dietrich

Die Koka- und Kokainwirtschaft Perus. Frankfurt/M.: Vervuert 1998, 314 S., ISBN 3-89354-247-7, **Band 48**

in Vorbereitung:

Peter Thiery

Transformation in Chile. Institutioneller Wandel, Entwicklung und Demokratie 1973-1996. Frankfurt/M.: Vervuert 2000, ca. 354 S., **Band 51**

Judith Schultz

Präsidentielle Demokratien in Lateinamerika. Eine Untersuchung der präsidentiellen Regierungssysteme von Costa Rica und Venezuela. Frankfurt/M.: Vervuert 2000, ca. 490 S., **Band 52**

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Jens Urban.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK>